8. März-Internationaler Frauentag Seite 4

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 9. März 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

D'K'P-Forderungen gegen'Krisenfolgen':

Verrat auf der ganzen Linie

Lohnraub und Teuerung, Kurzarbeit und wachsende Arbeitslosigkeit führen zu ständiger Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die Tarifrunde in der Stahlindustrie, im "öffentlichen Dienst" und in der Metallindustrie haben wieder einmal in aller Deutlichkeit gezeigt, daß der DGB-Apparat als Instrument der Kapitalisten bei der Durchführung der Lohnraubpolitik aktiv an der Seite der Bonner Regierung steht. Immer mehr setzt sich in der Arbeiterschaft die Erkenntnis durch, daß auch im Kampf für die Tagesforderungen Erfolge nur im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger errungen werden. So ist es kein Zufall, daß die D'K'P-Revisionisten gerade jetzt versuchen, dem wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen Lohnraub und Teuerung, Rationalisierung und Arbeitshetze, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit durch die vom D'K'P-Parteivorstand aufgestellten "10 Forderungen zum Schutz gegen Krisenfolgen" die revolutionäre Stoßrichtung zu nehmen.

Höhere Löhne, niedrigere Preise; höhere Renten, niedrigere Steuern; mehr Geld für Bildung und Nahverkehr, weniger Rüstungsausgaben und Subventionen für die Kapitalisten – der erste Eindruck ist, daß einem hier das Blaue vom Himmel versprochen wird. Ein ganzes Sammelsurium von Forderungen, aber mit keinem Wort wird gesagt, wie diese Forderungen durchgesetzt werden sollen. Auf die konkreten Klassenkampfbewegungen wird überhaupt nicht eingegangen. Schon hier wird klar, in welche Sackgasse die D'K'P-Revisionisten die Arbeiterklasse führen wollen: statt ihre Forderungen im Kampf Klasse gegen Klasse durchzusetzen, soll die Arbeiterklasse Bittgesuche an den Staat richten.

Kapitalistenstaat für Arbeiterinteressen?

Ellenlang ist der Wunschzettel, den die D'K'P an den Bonner Staat richtet. Man fragt sich, warum dieser Staat plötzlich so viel für die Interessen der Werktätigen unternehmen soll. Die Erfahrung hat doch gerade gezeigt, daß Bonner Politik heißt, die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, wenn es sein muß mit Gewalt wie bei den Polizeieinsätzen gegen streikende Kollegen im August letzten Jahres.

Welche Vorteile soll z.B. die von der D'K'P geforderte "Verstaatlichung produktions- und marktbeherrschender Konerzne" bringen? Es gibt doch bereits eine ganze Reihe staatlicher Konzerne, aber die Kollegen werden von ihnen doch keineswegs weniger ausgebeutet und bei der Preistreiberei gehen die Staatskonzerne – wie die bundeseigene Aral bei der letzten Benzinpreiserhöhung – oft sogar voran. Der Bergbau in England ist verstaatlicht, und die englischen Kumpels kämpfen bestimmt nicht so erbittert, weil ihnen diese Tatsache Vorteile gebracht hat.

Die D'K'P-Revisionisten werden einwenden, so sei das ja nicht gemeint, sie wollten eine Verstaatlichung unter "demokratischer Kontrolle". Dieses Argument läuft darauf hinaus, daß der DGB als "Vertreter der Arbeiterklasse" in irgendeiner Form an der Sache beteiligt werden soll. Würde sich dadurch etwas ändern? – Vertreter des DGB sitzen doch bereits in allen möglichen Aufsichtsräten. Es kann ja wohl keine Rede davon sein, daß der DGB-Apparat diese Positionen im Interesse der Arbeiterklasse nützt. Der DGB-Apparat vertritt genauso wenig die Interessen der Arbeiter wie der Bonner Staat. Auch er ist ein Instrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.

Ob der DGB mitmischen soll oder nicht, das ändert nichts an dem springenden Punkt der "Verstaatlichungsforderungen". Entscheidend ist, welchen Interessen dieser Staat dient, und das entscheidet sich an der Frage, welche Klasse in diesem Staat die Macht hat. Aber diese Frage stellen die D'K'P-Revisionisten wohlweislich nicht. Die Herren vom D'K'P-Parteivorstand kennen die Antwort auf diese Frage nämlich sehr genau: **dieser Staat ist nichts anderes als der Machtapparat der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes und dient ausschließlich den Interessen der Kapitalisten.**

Verstaatlichungen dienen nur dann den Interessen der Arbeiterklasse, wenn die Arbeiter auch die Macht im Staat haben. Erst wenn dieser Staat, die Diktatur der Kapitalisten gestürzt ist, wenn die Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution die politische Macht erobert hat, wird sie mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats einen Staat schaffen, der den Interessen der Arbeiterklasse dient .Um die Arbeiterklasse über diesen Sachverhalt zu täuschen, verbreiten die Revisionisten die Lüge vom "klassenneutralen" Staat. Sie wollen verhindern, daß die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung dieses Staates erkennt.

Fortsetzung auf Seite 3

Bürgerschaftswahlen in Hamburg

GROSSER ERFOLG FÜR DIE KPD/ML

Am letzten Sonntag wurde in Hamburg gewählt. Und zum erstenmal seit 20 Jahren stand auch wieder eine Kommunistische Partei, die KPD/ML zur Wahl. Ziel bei dieser Wahlbeteiligung war es nicht, ins Parlament zu kommen – sondern die Wahl zu nutzen, um den Hamburger Werktätigen den revolutionären Ausweg zu zeigen, den bewaffneten Aufstand und den Kommunismus zu propagieren. Deshalb ist auch nicht die Stimmenzahl bei der Wahl für uns entscheidend, sondern die engere Verbindung mit den Massen, die durch die Arbeit der Hamburger Genossen während der Wahl geschaffen wurde. Dabei konnte die Partei über unsere Erwartung große Erfolge verzeichnen.



Der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, an der Spitze der Demonstration am 2.3.74

Die Bourgeoisie hatte von vorneherein versucht, die Beteiligung der KPD/ML an den Hamburger Bürgerschaftswahlen zu torpedieren. Die D'K'P-Revisionisten verlangten bei der Wahlleitung sogar den Ausschluß unserer Partei von den Wahlen. Während der Wahlkampagne hatte Polizei versucht, zwei Kandidaten unserer Partei, Ernst Aust und Karl Klingemann zusammenzuschlagen und zu verhaften. Die Agitprop-Trupps unserer Partei wurden ständig von Polizei verfolgt und mehrmals bei ihrer Propaganda behindert. Mit Maschinenpistole rückte Polizei an, als Genossen Plakate unserer Partei aufstellten. Ein anderer Genosse wurde beim Plakatekleben verhaftet und eine Nacht in Handschellen gefesselt festgehalten. Der NDR versuchte erfolglos eine Wahlsendung unserer Partei im Radio und im Fernsehen zu verhindern.

Fortsetzung auf Seite 2

Letzte Meldung:

3000 Hamburger wählen KPD/ML

3000 Stimmen für die Revolution!

Haftbefehl gegen den Genossen Osswald

Rund 70 Freunde und Genossen waren am 1. 3. 74, dem zweiten Verhandlungstag im Oßwald/Schulte-Prozeß gekommen, um zusammen mit den Angeklagten den Plan der Klassenjustiz zu zerschlagen, den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML zu kriminalisieren. Das zeigt, daß es der Klassenjustiz nicht gelungen war, im ersten Prozeßtag Angeklagte und Zuschauer mit ihrer liberalen Tour einzuwickeln. Der zweite Prozeßtag bewies, daß die Partei zu Recht in ihrer Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit für diesen Prozeß nicht nachgelassen hat, ja daß diese Solidarität noch verstärkt organisiert werden muß.

Denn am 1. 3. 74 zeigte die Klassenjustiz, daß sie mit allen Mitteln einen Sieg der Partei verhindern will: die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen, gegen Genossen Oßwald wurde Haftbefehl erlassen. Genossen Schulte wurde angekündigt, daß er beim nächsten Termin zwangsweise vorgeführt wird. Wolfgang Bartels, während des Prozesses Schreibhilfe von Rechtsanwalt Hannover, erhielt einen Tag Ordnungsstrafe, weil er für die Angeklagten Beifall geklatscht hatte. Die Strafe wurde sofort vollstreckt. Der Prozeß wurde wieder vertagt – diesmal auf den 8. 3. 7374.

Fortsetzung auf Seite 6

Hausbesetzer im Schlaf überrascht
Böses Erwachen für die Bourgeoisie

Lange hatte der Klassenfeind überlegt, wie er bei der Räumung der Häuser in Frankfurt eine Situation vermeiden konnte, wie vor einem halben Jahr, wo Steine gegen die Polizisten flogen, Barrikaden gebaut wurden und Passanten mit Stühlen auf die prügelnden Bullen losgingen. "Hausbesetzer im Bett überrascht!" konnte man schließlich in "Bild" lesen. Doch schon einen Tag nach der Räumung hieß die Schlagzeile: "Blutige Straßenschlacht in einer deutschen Stadt'. Der sorgfältig ausgeknobelte Plan war gescheitert.



5.000 demonstrierten in Frankfurt militant gegen Mietwucher, Bodenspekulation und politische Unterdrückung. "Politrocker", die sich in die friedliche Demonstration eingeschlichen haben", wußte ' Bild" sofort zu deuten. Die Solidarität mit dem berechtigten Kampf der Frankfurter Bevölkerung sollte mit blutrünstigen Beinahe-Mord-Geschichten an Polizisten in Mitleid für die Polizei umgedreht werden. Der Erfolg? "Arme Polizisten", höhnte zum Beispiel ein Arbeiter bei Thyssen in Duisburg. "Die ganze Stadt hätte aufstehen müssen."

Und so ist die gesamte Presse auch nicht in der Lage, eine einzige "Stimme aus dem Volk" zu zitieren, die für die Polizei eintritt. Jammernde Polizsiten und Polizistenkinder sind alles, was sie auf die Beine bringt. Dafür mußte Frankfurts Polizeipräsident schon anläßlich der CISNU-Demonstration feststellen, daß die größte Schwierigkeit für die Polizei ist, daß sie nicht nur die Demonstranten, sondern auch die Bevölkernug gegen sich hat. Nach dieser Demonstration mußte die Polizei zugeben, daß auch der "harte Kern" immer größer wird.

In ihrer Angst schreit die Bourgeoisie nach mehr Waffen. Für 5 Millionen DM sollen für die Frankfurter Polizei gepanzerte Wasserwerfer, Schilde für jeden Streifenwagen und sogar Gewehre mit Hartgummigeschossen angeschafft werden. Bundesgrenzschutz, der diesmal nur alarmiert war, soll demnächst eingesetzt werden. Aber auch die Polizei soll das Feuer auf die Massen eröffnen können, das hat Polizeisprecher Müller schon am Tag nach der Demonstration unmißverständlich klargemacht.

Nicht nur die Kämpfe in Frankfurt, sondern auch die Auguststreiks, die Kämpfe in Nordhorn und anderswo haben klargemacht, daß sich die Klassenwidersprüche erheblich verschärft haben, daß immer breitere Teile der Massen der konterrevolutionären Gewalt der Bourgeoisie ihre revolutionäre Gewalt entgegensetzen.

Mit aller Macht wollen die modernen Revisionisten von der D'K'P verhindern, daß die Arbeiterklasse daraus den einzigen Schluß zieht, der zu ziehen ist: daß die Haupttendenz in unserem Land Revolution ist, daß die Entwicklung unweigerlich auf eine große bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution, hinausläuft. So logen sie nach der Demonstration in Frankfurt, das Ganze sei ein gemeinsames Intrigantenstück von "Maoisten" und Polizei, um den gerade in Frankfurt tagenden Spartakus, die Studentenorganisation der D'K'P, in ein schiefes – nämlich zu radikales – Licht zu rücken, um so einen Vorwand zu schaffen, die Faschisierung weiter voranzutreiben. Den D'K'P-Revisionisten wäre am liebsten, die Massen "kämpften" wie ihr Spartakus – der nämlich hat sich angesichts der Auseinandersetzungen auf der Straße in seinem Sitzungssaal eingeschlossen.

Jeder jedoch, der in Frankfurt, Nordhorn oder Pierburg dabei war, hat gesehen, nicht wer "friedlich" ist, kommt gegen die knüppelnde Polizei an, sondern allein wer sich zur Wehr setzt. Das ist es ja, was der Bourgeoisie einen zunehmend größeren Schrecken versetzt, daß immer mehr Menschen erkennen, daß die Bourgeoisie so stark und unbezwingbar nicht ist, wenn man Mut hat zu kämpfen und Mut zu siegen. Es ist die Angst vor ihrem sicheren Untergang, die sie schon bei solchen Auseinandersetzungen wie in Frankfurt von "Bürgerkrieg reden läßt.



900 Menschen demonstrierten in Hamburg anläßlich der KPD/ML an den Bürgerschaftswahlen.

Bahr in Moskau/Kissinger in Bonn:

Lavieren zwischen den Supermächten

Über den Inhalt der Verhandlungen zwischen Bahr und den Moskauer Führern gibt eine offizielle Mitteilung Auskunft: "Fragen der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD erörtert." Kurz: Der Schacher Moskau – Bonn soll fortgeführt werden.

Zu Beginn des Schachers hatten die Sowjetrevisionisten dicke Köder ausgelegt, um die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitals sich für die eigenen Ziele in Europa zu Nutze zu machen: Verzicht auf den Friedensvertrag, Umgehung der DDR-Anerkennung, das Westberlinabkommen. Und als Breshnew dann in Bonn noch gigantische Geschäfte mit der Sowjetunion ausmalte, verging den westdeutschen Monopolen Hören und Sehen: Es herrschte große Euphorie.

Doch inzwischen erfolgte die Ernüchterung. Stimmen innerhalb der Bourgeoisie werden laut, daß die Abhängigkeit zu Moskau immer stärker wird. Tatsache ist, daß Westdeutschland künftig in großem Umfang Energie aus der Sowjetunion beziehen wird: Öl, Gas, Strom und Uran. Und immer noch ist es den westdeutschen Imperialisten nicht genug. Bahr in Moskau: "Unser Bedarf an Rohstoffen ist groß."

Den neuen Zaren im Kreml ist es mehr als recht, daß die westdeutschen Imperialisten angebissen haben. Denn jeder Vertrag, jedes Abkommen mit Westdeutschland fördert die Abhängigkeit des westdeutschen Monopolkapitals und stärkt den Einfluß der Sowjetrevisionisten auf Westdeutschland und damit auf Westeuropa. Der Schacher ist für sie ein wichtiger Meilenstein im Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vormacht in Europa.

Noch während Bahr in Moskau schachert, trifft der amerikanische Aussenminister Kissinger in Bonn ein, um "Fragen von gemeinsamen Interesse" zu besprechen. Genau wie in Moskau werden auch hier nicht gleiche "Partner" über gemeinsame Interessen verhandeln, sondern der Vertreter einer Supermacht mit einem imperialistischen Aufstreber. Was z.B. über die Politik gegenüber den arabischen und den anderen Ölförderländern verhandelt werden wird, wird von den Interessen des US-Imperialismus diktiert.

Bereits auf der sogenannten "Energiekonferenz" in Washington, hatten sich die westdeutschen Imperialisten dafür eingesetzt, daß unter Führung der USA eine weltweite Front gegen die Ölförderländer geschaffen wird. Dies gewiß nicht aus Sympathie für die US-Monopole, sondern aufgrund der Machtverhältnisse, die nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland geschaffen wurden: Als die deutsche Monopolbourgeoisie am Boden lag, haben die USA ihr wieder gegen den Willen des deutschen Volkes im Westen auf die Beine geholfen – für den Preis der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Infiltration. Heute aber, wo sich die deutsche Monopolbourgeoisie wieder stark fühlt, sind es diese Machtverhältnisse, die ihnen den Handlungsspielraum für die eigenen imperialistischen Interessen einengen.

Darin ist auch der Grund für das Lavieren des westdeutschen Imperialismus zwischen den beiden Supermächten zu sehen: Um sich mehr Handlungsspielraum gegenüber dem US-Imperialismus zu schaffen, versucht er mit Moskau zu schachern, und sich dort gegenüber den US-Monopolen Rückhalt zu schaffen.

Diese Politik des westdeutschen Imperialismus, die Rivalität beider Supermächte für die eigenen Ziele zu nutzen, um selbst auf dem Weg zu einer Supermacht vorwärtszukommen, ist ein gefährliches und schändliches Spiel. Für die Realisierung ihrer Großmachtträume machen sie sich zum Werkzeug der Hegemoniebestrebungen mal der einen, mal der anderen Supermacht in Europa. Indem sie auf die Rivalität der Supermächte setzen und in deren Windschatten segeln, unterstützen sie beide Seiten in ihren Ambitionen und stärken damit die Kriegsgefahr, die von dem Gerangel der beiden Supermächte in Europa ausgeht. Besonders schändlich ist diese Politik der westdeutschen Imperialisten, weil sie dabei mit dem Frieden und der Sicherheit der eurpoäischen Völker jonglieren.

Bahrs Geschacher in Moskau als auch die Verhandlungen mit Kissinger in Bonn sind kein Zeichen der Entspannung oder der friedlichen Zusammenarbeit, sondern Ausdruck der Verschärfung der imperialistischen Widersprüche in Europa, der Intensivierung des Gerangels der Supermächte um die Vorherrschaft in Europa.

Mit Drohungen und Lügen gegen die arabischen Völker

Während die israelischen Zionisten mit Terror und Besatzerwillkür in den besetzten arabischen Gebieten vorgehen – vor einer Woche wurden 3 Palästinenser wegen Sabotage zu 316 Jahren Gefängnis verurteilt – sitzt der sowjetische Revisionistenführer Gromyko in Damaskus und verlangt, daß die palästinensischen Befreiungsorganisationen ihren Kampf einstellen sollen. Und zugleich verkündet Kissinger in Kairo, der Frieden sei näher gerückt.

Die Vertreter der beiden Supermächte hatten sich erneut in den Nahen Osten begeben, um die syrische Regierung an den Verhandlungstisch in Genf zu zwingen. Die syrische Regierung hatte sich bisher geweigert und ihren gerechten Standpunkt verteidigt, nicht eher zu verhandeln, bis die Zionisten ihre Bereitschaft erklären, aus den seit 67 besetzten Gebieten unverzüglich abzuziehen.

Bei den jüngsten Verhandlungen in Damaskus stießen die Vertreter beider Supermächte daher offene Drohungen gegen Syrien aus und lockten zugleich mit leeren Versprechungen. Kissinger behauptete in Damaskus sogar, Israel sei bereit, von den Golanhöhen abzuziehen.

Tatsächlich aber denken die Zionisten nicht im geringsten daran. Golda Meir hat immer wieder betont, daß Israel nicht freiwillig die Golanhöhen wieder hergeben werde. Die Zionisten planen vielmehr dort neue Städte zu bauen, in denen jüdische Einwanderer angesiedelt werden sollen.

Die israelischen Zionisten werden niemals freiwillig ihre aggressiven und expansionistischen Ziele aufgeben und die besetzten arabischen Gebiete räumen. Die Lügen und Drohungen der beiden Supermächte dienen einzig dem Ziel, den Befreiungskampf der arabischen Völker zu stoppen, die Situation "Weder Krieg noch Frieden" wiederherzustellen und die Besetzung der arabischen Gebiete aufrechtzuerhalten. Denn mit diesem Faustpfand hoffen sie, die arabischen Länder ihren hegemonistischen Zielen im Nahen Osten gefügig zu machen.

Fortsetzung von Seite 1 **Bürgerschaftswahl**

Doch all diese Angriffe wurden durch das offensive Vorgehen der Partei und das mutige Auftreten der Genossen zurückgeschlagen. Die Bourgeoisie konnte nicht verhindern, daß bei unserer Propaganda unter den Massen großartige Erfolge errungen wurden. Unermüdlich haben die Hamburger Genossen unter den Werktätigen die Ziele unserer Partei propagiert. Tausende Hausbesuche wurden gemacht, Gespräche geführt und Kontakte geknüpft. **Die Praxis zeigte, wie richtig es war, die Wahlen in Hamburg zu benutzen, um die Verbindung zu den Massen zu stärken: Überwiegend stießen die Propagandisten unserer Partei bei den Werktätigen auf Interesse und Aufgeschlossenheit gegenüber den Zielen der KPD/ML und dem revolutionären Ausweg, den sie zeigt.**

Gewiß werden nicht all diese Menschen von heute auf morgen selbst den Weg der bewaffneten Revolution gehen, aber sie haben die Kraft kennengelernt, die bereit ist, sie auf diesem Wege zu führen, die KPD/ML. Und mit der Entwicklung der Klassenkämpfe, mit dem Wachsen der Kampfstärke unserer Partei wird auch ihr Vertrauen in die KPD/ML wachsen.

Die ersten Erfolge der Wahlkampagne zeigten sich bei den beiden Großveranstaltungen und bei der Demonstration zur Wahl.

Unter den 800 Kollegen, Freunden und Genossen, die zu den beiden Großveranstaltungen kamen, waren mehr als 200, die aufgrund der Wahlpropaganda unserer Partei zum ersten Mal eine Veranstaltung unserer Partei besuchten. Darunter auch einige Kollegen, die bisher noch in der D'K'P waren, die jetzt aber die KPD/ML unterstützen wollen.

Nicht anders bei der Demonstration der Partei zur Wahl. Hatten sich anfangs 600 Menschen versammelt, um unter der Fahne der KPD/ML zu demonstrieren, wuchs der Zug unterwegs um mehr als 300 Menschen an, die sich in die Demonstration einreihten.

Die Erfolge, die die Partei mit der Beteiligung an den Hamburger Bürgerschaftswahlen errungen hat, zeigen, wie unsere Partei in den letzten Jahren auf dem Weg des Marxismus-Leninismus im ständigen Kampf erstarkt ist. Sie sind aber auch Ausdruck dafür, daß die werktätigen Massen mit der Entwicklung der Klassenkämpfe in den letzten Jahren immer mehr zum Sozialismus streben.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund–Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund–Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert) Tel.: 231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Lehrlingsstreik bei Südbremse in München

Bei der Südbremse sollte den Lehrlingen der Sommerurlaub drastisch gekürzt werden. 3 Tage von Weihnachten 73, drei Tage von Weihnachten 74, 1 Tag für den 14. Juni, an dem der Betrieb schließen will, sollen vom Urlaub abgezogen werden. Außerdem versuchte der Ausbildungsleiter noch das Datum des Urlaubs festzulegen. Vielen Lehrlingen würden da nur mehr 11 Tage übrigbleiben.

München, den 27. 2. 74

Als die Lehrlinge das erfuhren, platzte ihnen der Kragen. "Streik" muß her, sagten viele und er wurde dann auch in der Vormittagspause beschlossen. Punkt 10 Uhr 30 wurden in der Fräserei und Dreherei der Lehrwerkstatt die Maschinen mitten in der Arbeitszeit abgeschaltet, die Lehrlinge verschwanden. Verdutzt standen der Ausbildungsleiter samt Meistern vor der leeren Lehrwerkstatt. "Ihr könnt doch nicht einfach weggehen!" riefen sie den letzten noch nach.

Der Zug der Lehrlinge bewegte sich zum Betriebsratsbüro, der Betriebsrat erschrak. Im Nu füllte sich das Betriebsratsbüro, bis kein Stehplatz mehr frei war. "Ihr könnt doch nicht alle hereinkommen. Wir können überhaupt nicht mehr arbeiten", jammerte Betriebsrat Geiger. Ein Lehrling meinte: "Dann gehen wir eben in den Konferenzraum." Dort brachten die Lehrlinge dann ihr Anliegen vor. Die Betriebsräte meinten, die Urlaubsregelung sei schon abgemacht. Da könnten wir nichts machen
Übrigens würden bei den Tarifverhandlungen ja 1-2 Tage mehr Urlaub herauskommen. Der Betriebsrat werde sich aber noch einmal mit dem Ausbildungsleiter zusammensetzen. Wir sollten jetzt schleunigst wieder zur Arbeit gehen, das sei nicht üblich, daß ganze Abteilungen zum Betriebsrat gingen. Dafür gebe es die Jugendvertretung. Franz P. allerdings könne nicht mehr länger Jugendvertreter bleiben, weil gegen ihn ein Ausschlußverfahren wegen Mitgliedschaft zur KPD/ML läuft.

Große Empörung. Ein Lehrling: "Da sieht man es ja, daß es richtig war, daß wir geschlossen zum Betriebsrat gegangen sind, weil ihr unseren Jugendvertreter nicht mehr anerkennt."

Später stichelte Betriebsrat Rötzer weiter:
"Franz P. sollte die Lehrlinge doch objektiv über das Ausschlußverfahren informieren. Mitglied bei der IGM und der KPD/ML gleichzeitig zu sein, ist unmöglich. Franz P. beschmutze durch die Schmierblätter der KPD/ML gegen die "Gewerkschaftsbonzen" das eigene Nest. Die organisierten Kollegen werden Franz P., wenn er aus der IGM ausgeschlossen wird, sicher nicht mehr wählen."

Da erhielt er gleich eine Abfuhr. Eine Kollegin antwortete: "Das glauben Sie. Wir wählen ihn trotzdem. Es ist uns gleich, ob er in der Gewerkschaft ist oder nicht."
Als die Lehrlinge wieder in die Lehrwerkstatt zurückkehrten, tobte der Ausbildungsleiter Kubitza: "Sowas ist mir in 10 Jahren noch nicht vorgekommen. Da kann ich gleich die Ausbilder heimschicken. Es geht doch um Eure Ausbildung. Begreift ihr das nicht?! – Aber er blickte nur in grinsende Gesichter.

EINSCHÄTZUNG:

Diese Aktion war ein großer Schritt vorwärts gegenüber dem Streik anläßlich der Entlassung eines kommunistischen Lehrlings im vorigen Jahr. Es gab diesmal keinen Streikbrecher, gerade die damals am ängstlichen waren, zeigten sich besonders mutig. Begonnen hatte es diesmal nicht als verlängerte Pause, sondern mitten in der Arbeit zu einer vorher festgelegten Uhrzeit vor den Augen der Ausbildet. Die Ausbilder wurden noch nie so hilflos gesehen, der Betriebsrat hat sich – verstärkt durch seine taktische Dummheit – vollkommen entlarvt. "Lackaffen" war der bezeichnende Kommentar der Lehrlinge für den Betriebsrat.

GRF versucht Kampffront gegen Gewerkschaftsausschlüsse zu spalten

Die Kölner IG Metall-Bonzen wollen – wir berichteten in der letzten Ausgabe darüber – 16 klassenbewußte Gewerkschaftler aus der IG Metall ausschließen. Unter den 16 Kollegen, denen der Ausschluß angedroht worden ist, befinden sich 1 ehemaliger Jugendsprecher, 5 ehemalige Vertrauensleute und 1 Vertrauensmann.

Kölner Genossen berichten von Versuchen der GRF, die Kampffront gegen die Gewerkschaftsausschlüsse zu spalten. Sie wollen den von den Ausschlußverfahren betroffenen kommunistischen Kollegen verbieten, auch im Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse ihre kommunistische Überzeugung klar und deutlich zu vertreten. Die Vertreter der GRF behaupten, es sei falsch, im Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse die RGO oder gar die sozialistische Revolution zu propagieren. Sie geben dafür die schon fast klassisch gewordene Begründung an, mit der die Opportunisten aller Schattierungen ihr Zurückweichlertum zu bemänteln suchen: mit revolutionärer Propaganda könne man die Massen nicht gewinnen.

Die Kölner Genossen schreiben dazu: "Dieselben Leute, die noch am 1. Mai dauernd "Stärkt die RGO!" geschrien haben, reden jetzt auf einmal nur noch von der "Einheitsgewerkschaft für christliche, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter." Natürlich muß im gewerkschaftlichen Kampf die Einheit aller Arbeiter unabhängig von ihrer Weltanschauung verwirklicht werden. Aber die Ausschlüsse klassenkämpferischer Gewerkschaftler aus den DGB-Gewerkschaften sind keine einzelnen Verstöße der Bonzen gegen dieses Prinzip, sondern konsequenter Ausdruck der Tatsache, daß der DGB-Apparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse ist.

Wer, anstatt im Kampf gegen die Ausschlüsse den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen vorzubereiten, über die Verletzungen des Prinzips der Einheitsgewerkschaft jammert, der hat den Boden revolutionärer Gewerkschaftspolitik verlassen und befindet sich bereits knöcheltief im Sumpf des Reformismus.

Fortsetzung von Seite 1

D'K'P
Verrat auf der ganzen Linie

Friedlicher Imperialismus?

"Senkung der Rüstungsausgaben um vorerst 15%" fordert die D'K'P, damit mehr Geld für die Ausbildung, für eine bessere medizinische Versorgung usw. da ist. Wenn das so einfach ist, warum wird es dann nicht so gemacht? Warum wird stattdessen der Rüstungsetat Jahr für Jahr erhöht? Doch wohl, weil die Imperialisten aus zwei Gründen eine starke Armee wollen: einmal sind sie nach wie vor entschlossen, ihr Großmachtstreben durch die Eroberung anderer Länder, vor allem auch durch die Rückeroberung der DDR, zu verwirklichen. Andererseits rüsten sie die Armee für den Bürgerkrieg, um ihre Herrschaft mit militärischer Gewalt vor dem Ansturm des Proletariats zu retten. Über diese Bedeutung, die die Armee für die Imperialisten hat, schweigt die D'K'P sich aus. Stattdessen tut sie so, als sei es den Imperialisten im Grunde nicht so wichtig, ob die Steuergelder für die Aufrüstung oder für den Bau von Kindergärten ausgegeben werden. Auch hier liegt die Absicht auf der Hand: die D'K'P-Revisionisten stellen den Imperialismus nach außen und nach innen als friedlich hin, um die Illusion in der Arbeiterklasse zu verbreiten, es sei möglich, auf friedlichem Wege zum Sozialismus zu kommen.

Klassenversöhnung statt Klassenkampf?

Die D'K'P stellt fest, die arbeitende Bevölkerung brauche Lohnerhöhungen zwischen 15 und 18 %. Auf die Prozentzahlen soll jetzt nicht eingegangen werden. Richtig ist jedenfalls, daß die Arbeiterklasse und alle Werktätigen höhere Löhne brauchen. Aber der revisionistische Dreh folgt auf dem Fuß: "...und derartige Lohnerhöhungen sind wirtschaftspolitisch sinnvoll". Was soll denn das heißen? Die Kapitalisten sind daran interessiert, durch die Ausbeutung der Arbeiter höchstmögliche Profite zu machen. Für ihre Interessen sind Lohnerhöhungen keineswegs "wirtschaftspolitisch sinnvoll". Die Interessen der Arbeiterklasse und die der Kapitalisten sind grundsätzlich entgegengesetzt. Wer die Arbeiterklasse aufruft, "wirtschaftspolitisch sinnvoll" zu handeln, ruft sie zur Rücksichtnahme auf die Interessen der Kapitalisten auf.

Diese Politik der Klassenversöhnung, das Verwischen des antagonistischen (unversöhnlichen) Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat, drückt sich auch in der Haltung der D'K'P zur Mitbestimmung aus. Sie fordert natürlich ganz "radikal" die 'VOLLE Mitbestimmung'. Aber was soll die Arbeiterklasse eigentlich mitbestimmen? Soll sie zu Ausbeutung, Lohnsklaverei und Unterdrückung auch noch 'Ja und Amen' sagen? Mit der Mitbestimmung soll die Arbeiterklasse an die Kette der kapitalistischen Interessen gelegt, vom Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen abgehalten werden. Der DGB-Apparat, in dem die Revisionisten Pöstchen auf Pöstchen erobern, soll, um seine Rolle als Kettenhund des Kapitals besser erfüllen zu können, in den Betrieben mit mehr Befugnissen ausgestattet werden. Die D'K'P-Revisionisten putzen dieses Manöver, durch das die Unterdrückung der Arbeiter verschärft werden soll, mit linken Phrasen auf, indem sie es als einen Schritt auf dem "friedlichen Weg zum Sozialismus" hinzustellen versuchen.

Nieder mit der D'K'P! Vorwärts mit der KPD/ML!

Laut D'K'P-Zeitung UZ unterstrich der D'K'P-Vorsitzende Herbert Mies nachdrücklich, daß diese Forderungen nur mit der geeinten Kraft der Arbeiterklasse erkämpft werden können. Aber was Mies heuchlerisch beschwört – die geeinte Kraft der Arbeiterklasse – ist in Wirklichkeit genau das, wovor diese Herren am meisten Angst haben. Denn gerade die Zuspitzung der Klassenkämpfe zeigt immer breiteren Teilen der Arbeiterklasse die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Unter dem wachsenden Einfluß des Marxismus-Leninismus erkennen immer mehr Kollegen, daß dieser Staat die Diktatur der Kapitalisten über die Werktätigen ist und daß die Kapitalisten nur durch die proletarische Revolution gestürzt werden können.

Die D'K'P-Revisionisten versuchen, sich dieser unaufhaltsamen Entwicklung in den Weg zu stellen. Einerseits versuchen sie – wie mit diesen 10 Forderungen – die wachsende Bewegung gegen Lohnraub, Teuerung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrükkung ideologisch zu verwirren. Aber gleichzeitig arbeiten sie offen mit dem Klassenfeind bei der Bekämpfung der Kommunisten zusammen. Bei Mannesmann und Hoesch wurden Kommunisten, Sympathisanten unserer Partei, aufgrund von D'K'P-Denunziationen entlassen und von der Polizei abgeführt. Gemeinsam mit dem DGB-Apparat betreiben die D'K'P-Revisionisten den Ausschluß von Kommunisten aus den DGB-Gewerkschaften.

Nur im Kampf gegen diese Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung kann die Arbeiterklasse vorwärtsschreiten; das betrifft sowohl den Kampf um die Tagesforderungen, als auch den Kampf für den Sozialismus.

GÜTESIEGEL KPD/ML



KPD/ML
Kommunistische Partei DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN



Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der FELTEN & GUILLEAUME SCHALTANLAGEN



Ende Januar kam bei Felten & Guilleaume Schaltanlagen in Nordenham die Nr.1 der Betriebszeitung der KPD/ML "Der Rote Strom" heraus, die bei den Kollegen großen Anklang fand. "Endlich frischer Wind im Betrieb" solche und ähnliche Äußerungen konnte man tagelang hören. Wie gut der "Rote Strom" angekommen ist, zeigt auch aber ihre Lügen und Verdrehungen, ihre krampfhaften Versuche, das sozialistische China und Albanien lächerlich zu machen und als faschistische Diktaturen hinzustellen, ihre Beschwörungen der "demokratischen Freiheit" und der "Lebensqualität" sprechen eine deutliche Sprache. Was sie fürchten, zeigen

Erinnern Sie sich an diese „GÜTESIEGEL"?



Dieser STALIN für uns???

KPD/ML
Kommunistische Partei Deutschlands Marxisten-Leninisten
?



Unser F+G-Zeichen zusammen mit diesem KRIEGSSYMBOL???

die Reaktion der Geschäftsleitung. Sofort nach Erscheinen der Betriebszeitung ließ sie alle "verdächtigen" Kollegen verhören. 3 Wochen später ließ sie ein Flugblatt im Betrieb verteilen, indem sie zwar beteuerte, es ginge ihr nicht um die klassenkämpferische Uraltparolen", ihre schwachsinnigen Bemerkungen zum Kopf der Betriebszeitung: Stalin, dessen Name für unerbittliche Verteidigung der Diktatur des Proletariats steht und das Gewehr im Enblem unserer Partei, dem Symbol der gewaltsamen, proletarischen Revolution.

REVISIONISTISCHES

D"K"P GEGEN LENIN

NDR zensiert Wahlrede des Genossen Ernst Aust - so hieß es im Roten Morgen Nr.8. Der Vorsitzende unserer Partei sollte im Regionalfernsehen nur dann reden dürfen, wenn ein Satz gestrichen würde, nämlich:"Wir werden, wie Lenin sagte, beweisen, daß ein bürgerliches Parlament nichts anderes verdient, als durch den revolutionären Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden !"

Doch nicht nur dem NDR paßte dieser Satz nicht. Kurz darauf erschien in der UZ, der Zeitung der D'K'P, ein Kommentar, in dem es hieß, die "maoistische KPD/ML" versuche "unter anderem den Satz zu verbreiten, sie werden, wie Lenin sagte, beweisen, . . ."

Die D'K'P ist entsetzt. "Abgesehen davon", heißt es, "daß es sich um eine klare Leninfälschung handelt, beweist diese maoistische Stellungsnahme erneut, daß ihre Kandidatur zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen ausschließlich den Zweck verfolgt, die DKP zu schädigen und die fortschrittlichen Kräfte zu spalten. Ernsthafte Vertretung von Arbeiter- und Jugendinteressen ist nicht beabsichtigt."

Allerdings war Lenin der Meinung, daß das bürgerliche Parlament von den Volksmassen auseinandergejagt gehört. Nicht mit "konstruktiven Vorschlägen" a la D'K'P haben in Rußland die Arbeiter und Bauern gesiegt, sondern durch die bewaffnete Revolution. Und wie die Deputierten gerannt sind, als die roten Soldaten in der Duma die Arbeitermacht verkündet haben; und die Menschewiki, die damaligen Revisionisten, mitten unter ihnen!

Mit Recht befürchten die D'K'P -Revisionisten von den deutschen Volksmassen unter Führung der KPD/ML das gleiche Schicksal. Recht haben sie auch, wenn sie uns vorwerfen, wir wollten die D'K'P"schädigen". Es ist zwar nicht unser ausschließliches Ziel bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, die D'K'P als eine Partei des Verrat am Marxismus-Leninismus, als eine Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung zu entlarven, aber immerhin eine der wichtigsten Aufgaben. Die D'K'P-Revisionisten haben mit ihrem offenen Protest gegen die Haltung Lenins zum bürgerlichen Parlament ihren Teil dazu beigetragen.

WER IM GLASHAUS SITZT...

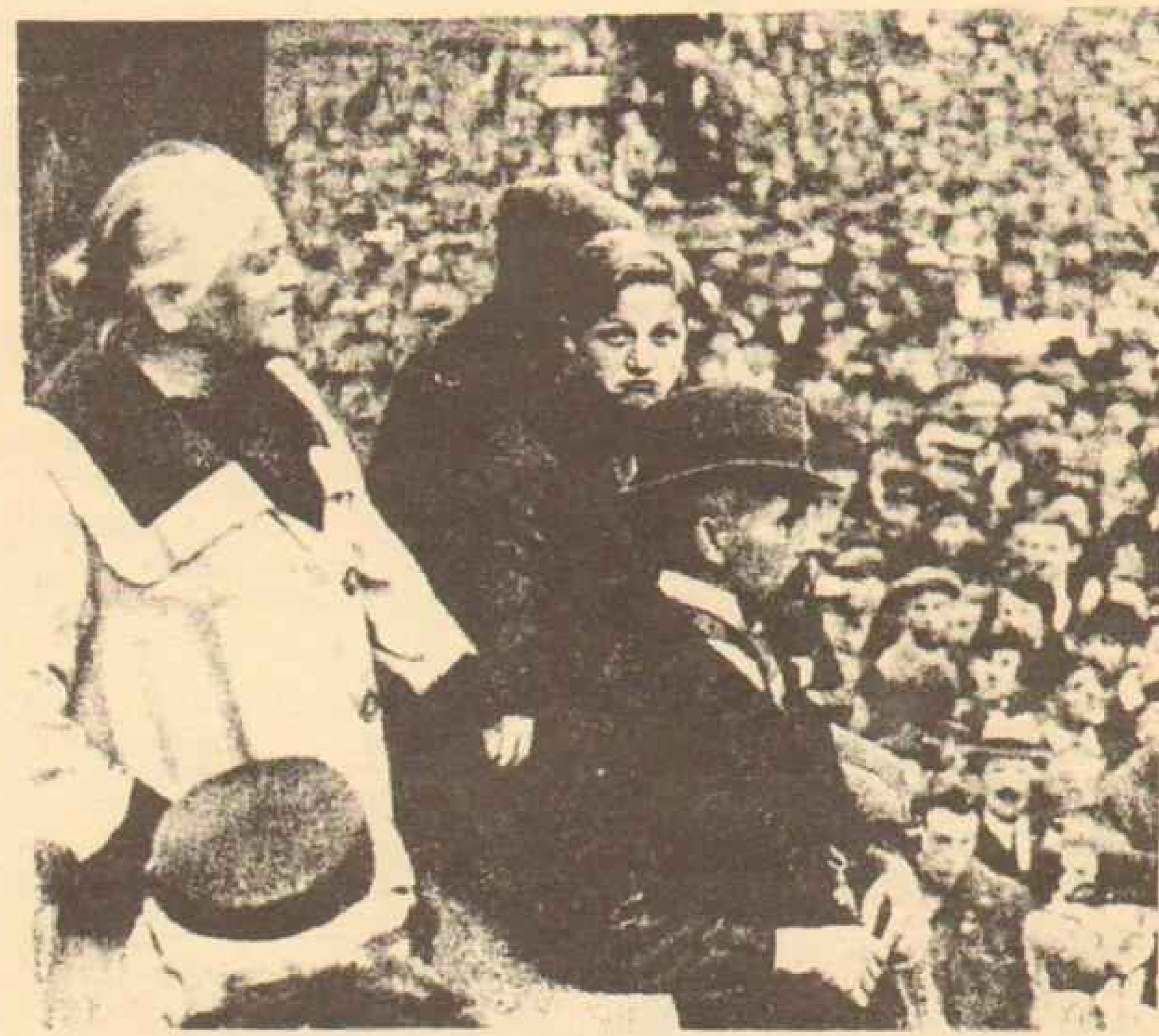
Die polnischen Ermittlungsbehörden haben angekündigt, die Ermittlungen über Verbrechen der deutschen Faschisten während der Nazi-Besatzung bis 1975 abzuschließen. Professor Pilichowski, Leiter der Sonderermittlungsstelle:" Schließlich können wir nicht unbegrenzt weitermachen. Die Beteiligten wären 80 Jahre alt, bis ihre Fälle vom Gericht behandelt würden." Mit genau dem gleichen Argument haben auch die Nachfolger des Hitlerregimes, die westdeutschen Imperialisten, vor den Völkern "begründet", warum die Prozesse gegen die Naziverbrecher nicht"ewig" dauern könnten.

Um das polnische Volk über ihre Versöhnung mit den deutschen Faschisten zu täuschen, wird groß getönt, die Dokumente der Ermittlungsbehörde über mehr als 50 000 Verbrechen sollten in einem Institut zusammengefaßt werden. Aber während im sozialistischen Albanien mit Hilfe solcher Dokumente Museen errichtet werden, in denen das Volk und vor allem die Jugend des Landes über die Verbrechen der Faschisten und den heroischen antifaschistischen Kampf des albanischen Volkes lernen kann - soll in Polen das Volk diese Dokumente nicht kennenlernen. Zugang zum geplanten Institut haben allein Wissenschaftler

Kein Wunder, daß die polnischen Revisionisten, Vasallen der sowjetischen Sozialimperialisten, öffentliche Prozesse und Dokumentation über die Nazi-Verbrechen fürchten. Denn wo ist der Unterschied zwischen der blutigen Herrschaft der deutschen Faschisten und ihrer blutigen Unterdrückung des Arbeiteraufstandes 1970, dem Panzereinsatz

Internationaler Frauentag

Am 8. März 1878 führten die Fabrikarbeiterinnen in Massachusetts den ersten organisierten Arbeiterinnenstreik durch. Sie kämpften für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Am selben Tag, 32 Jahre später, eröffnete Clara Zetkin, Mitglied des ZK der KPD den ersten internationalen Frauentag. Nicht umsonst gerade am 8. März. Er war gleichzeitig Programm der revolutionären Frauenbewegung: Programm gegen die angeblich naturgewollte Beschränkung der Frau auf Kinder und Küche, Programm aber auch gegen die bürgerliche "Gleichberechtigung", die so tut, als hätten Annemarie Renger, die mit ihrem 600 Mercedes vor den Bundestag fährt und die Arbeiterin am Band die gleichen Interessen, die gleichen Ziele. Die revolutionäre Frauenbewegung folgt dagegen den Worten Lenins: "Die Frauenbewegung als Teil der sozialen Frage, der Arbeiterfrage aufzufassen und als solche fest mit dem proletarischen Klassenkampf und der Revolution zu verbinden."



Clara Zetkin kämpfte für die Befreiung ihrer Klasse, für den Kommunismus

Heute ist die überwiegende Mehrheit der Frauen berufstätig. In einigen Industriezweigen wie der Textilindustrie, der Elektroindustrie usw. stellen sie über 50% der Beschäftigten. Die meisten arbeitenden Frauen sind jedoch noch immer an die "typischen Frauenberufe" gekettet, in denen sie für einen Hungerlohn verkaufen, maschinenschreiben, Kranke pflegen.

"Gehörte" es sich noch vor dem zweiten Weltkrieg nicht, daß die Frau mitarbeitete, so konnte man in den fünfziger und sechziger Jahren überall das

Moderne Haushaltsgeräte kamen auf den Markt. Diese Haushaltsgeräte aber werden zum überwiegenden Teil von den Frauen selbst geschaffen – die "Emanzipatoren" sahnten ab. Eine riesige neue Profitquelle für das Kapital.

Ansonsten aber geschah nichts. Keine Kindergärten wurden gebaut, kein ausreichender Mutterschutz geschaffen, keine Tagesschulen eingerichtet. Und was die Hausarbeit selbst angeht, so ist der Mann mit dem Geschirrtuch immer noch das Spottbild der kapitalistischen Gesellschaft.



Kampf gegen Lohnraub und Polizeiterror - Pierburg/Neuss

Bild der strahlenden, selbstbewußten Frau sehen, die mit ihrem eigenen Geld schalten und walten konnte. Die "Nur-Hausfrau" wurde verpönt. "Kampf gegen das überholte Klischee von der Frau als Hausfrau und Mutter" – so betitelte die Bourgeoisie diese Kampagne. Emanzipation von Kapitals Gnaden? Natürlich nicht. Das Kapital wollte nicht die Emanzipation der Frau, es wollte ihre billige Arbeitskraft.

Mit dem Argument, die Frau sei schwächer als der Mann, habe weniger technisches Verständnis, wurden und werden ihr fast sämtliche technische Lehrberufe faktisch versperrt, sie "durfte wegen ihrer Fingerfertigkeit" im Akkord am Fließband arbeiten – in der Niedriglohngruppe 2. Tausende von Frauen haben sich hier chronische Bandscheibenschäden, chronische Migräne usw. geholt, die Fehlgeburten stiegen rapide.

Während die Bourgeoisie die Frauen einerseits unter Berufung auf ihre notwendige Emanzipation in die Fabriken holte, brachte sie gleichzeitig Schreckensnachrichten über Kinder, denen die Mutterliebe fehlte, über den Mann, dem die Frau fehlte. Die Zerrütung von Heim und Familie wurde in Presse, Funk und Fernsehen angeprangert – und der Frau in die Schuhe geschoben.

Mit dieser Kampagne machte das Kapital die Frau zum Sündenbock für seine eigenen Verbrechen und versuchte so, sie in die Resignation zu treiben, sie daran zu hindern, als Arbeiterin, als Teil des Proletariats, den Kampf gegen ihre Ausbeutung im Betrieb und für die Änderung ihrer sozialen Lage aufzunehmen.

Was wurde denn getan, um die Frau, gleichberechtigt mit dem Mann,

Angesichts dieser Situation ist das Geschrei von der fortschreitenden Emanzipation der Frau nichts als ein Hohn. Sie ist immer noch an Haushalt und Kinder gefesselt – mit dem einen Unterschied, daß sie heute zusätzlich noch mindestens 8 Stunden arbeiten geht. Eine Beteiligung der Frau am Leben der Gesellschaft wird so fast unmöglich gemacht. Geschieht es doch, so ist das nicht den "Reformen" der kapitalistischen Gesellschaft zu verdanken, sondern einzig und allein dem gewachsenen politischen Bewußtsein der Frau, das ihr – zusammen mit ihrer Familie – die Kraft gibt, die zusätzlichen Anstrengungen auf sich zu nehmen.

Eine solche, klassenbewußte, politisch aktive Frau, aber will die Bourgeoisie gerade nicht. Mit einem gewaltigen Aufgebot an Frauenzeitungen soll der Blick der Frau auf die Mode, auf Liebe und "Heimverschönerung' gelenkt werden. Die Absicht dabei ist, daß die Frau, im Betrieb sich immer nur als "Arbeiterin auf Zeit", sozusagen im Urlaub von ihrer natürlichen Berufung als Hausfrau fühlen soll. So, hofft die Bourgeoisie, wird sie ihre Ausplünderung eher hinnehmen, wird sie sich nicht wehren, wenn sie in der Wirtschaftskrise auf die Straße fliegt. So wird sie für die Bourgeoisie eine billige Reservearmee bleiben, die nicht gemeinsam mit dem Arbeiter kämpft, sondern ihn aus Sorge um die Familie eher vom Kampf zurückhält.

Diese Hoffnung der Bourgeoisie erweist sich jedoch zunehmend als Trugschluß. Sobald die Frau die Fabrik betrat, hat auch sie immer stärker die Kraft der organisierten Arbeiterschaft erfahren, immer besser gelernt, daß diese Kraft sich gegen den einen gemeinsamen Feind, das Kapital richten muß. Das hat die Geschichte bewiesen, das zeigt

Seit den Tagen der Kommune, wo Mann und Frau Seite an Seite auf den Barrikaden für die kommunistische Gesellschaft gestritten haben, hat die Frau in allen Befreiungskämpfen des Proletariats und der unterdrückten Völker einen hervorragenden Platz eingenommen. Für die deutsche Arbeiterbewegung sei hier nur an Rosa Luxemburg erinnert und an Clara Zetkin. Beide wußten, daß sich die Befreiung der Frau nur im Kampf um die Befreiung des Proletariats verwirklichen läßt. Deshalb kämpften sie an der Spitze der KPD, die eine als ihre Gründerin, die andere als Mitglied des Thälmann-ZK für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats.

Wenn die Revisionisten heute den Briefmarkenschwindel um Rosa Luxemburg mitmachen und sie, wie in der UZ, lediglich als "konsequente Frauenrechtlerin hinzustellen versuchen, dann zeigt das den Verrat der modernen Revisionisten von der D'K'P am proletarischen Befreiungskampf der Frau. Woher der Wind weht, kann jeder sehen, der die Frauenseite in der UZ aufschlägt: Kochrezepte, Schlankheitsgymnastik, die neueste Mode aus den revisionistischen Ländern. Politik ist auch nach Ansicht der D'K'P nichts für die Frau. Genausowenig in der DDR. Wurde in der sozialistischen DDR die Frau in den Betrieb geholt, um gleichberechtigt mit dem Mann den Sozialismus aufzubauen, so gibt eine kurze Notiz in der UZ Aufschluß darüber, womit der Frau heute die Arbeit im Betrieb schmackhaft gemacht werden soll: "die arbeitende Frau wird sensibler und liebt besser", heißt es da!

Das ist nichts anderes als die Sprache der Bourgeoisie. Die Arbeiterinnen bei Pierburg, die für höheren Lohn in den Streik traten und sich mutig gegen die Polizei zur Wehr setzten, die tausende von Textilarbeiterinnen, die in Bonn gegen die Massenentlassungen in der Textilindustrie protestierten, die Frauen, die gegen die katastrophalen Zustände bei Kindergärten, Schulen und Kinderspielplätzen protestieren, die Frauen, die für die Abschaffung des § 218 demonstrieren, sie alle haben im Grunde erkannt, daß die Frauen für ihre Rechte gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen müssen.

Der Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frau ist aber kein Kampf, den die Frauen alleine führen können. Die Männer müssen hier an ihrer Seite streiten. Denn die besondere Unterdrückung der Frau ist nur ein Teil der Unterdrückung des Proletariats durch das Kapital. Genauso dürfen die Frauen über ihren besonderen Problemen das allgemeine Ziel nicht aus den Augen verlieren: die Befreiung des werktätigen Volkes unter der Führung des Proletariats.



Im sozialistischen China kämpfen die Frauen – wie diese Schweisserin – gemeinsam mit den Mänern für den Aufbau des Sozialismus. Mit der Befreiung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes kann endlich auch die besondere Unterdrückung der Frau beseitigt werden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

GENERALSTREIK IN ITALIEN!

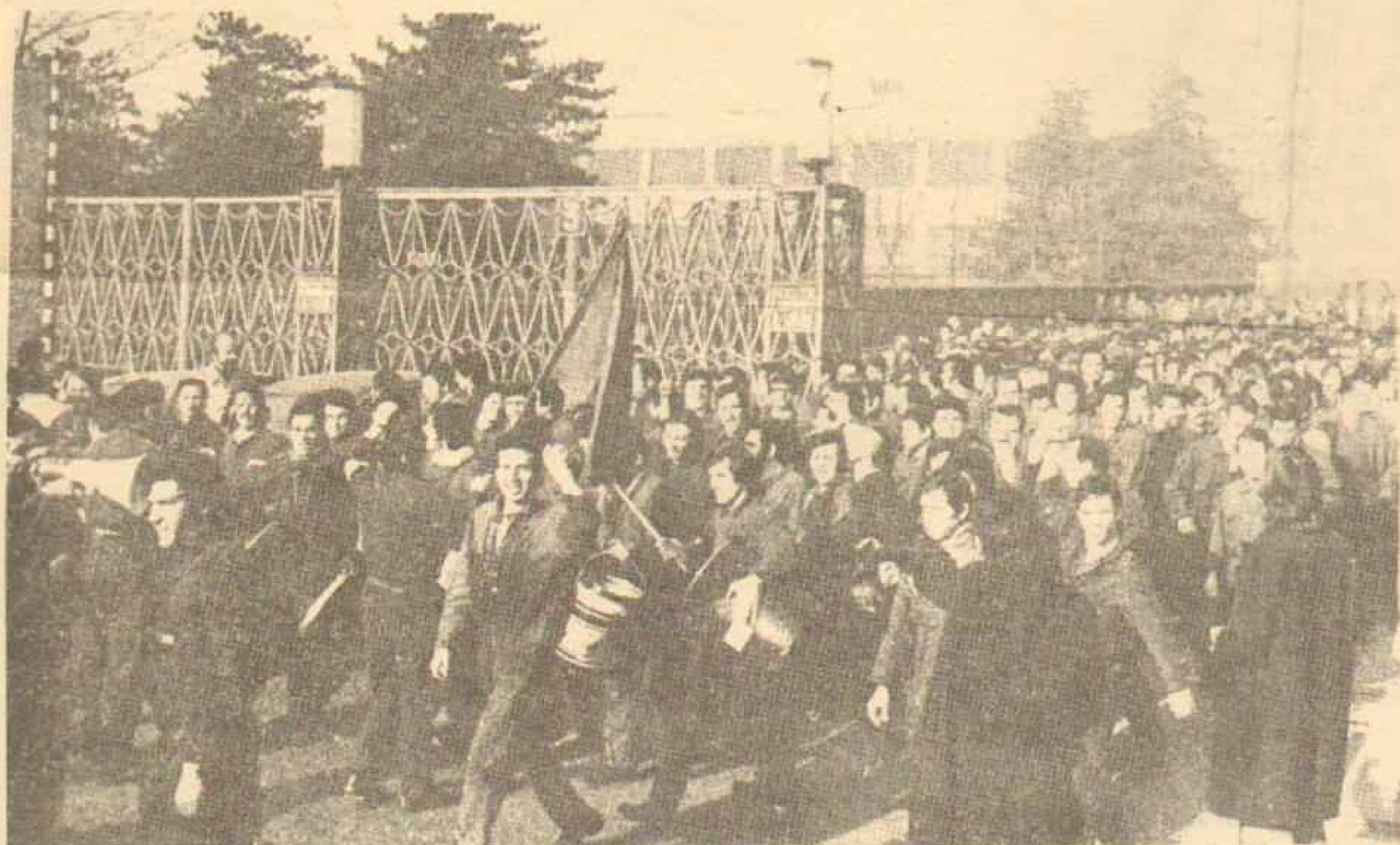
Am 27. Februar traten die italienischen Arbeiter und Angestellten in einen mehrstündigen Generalstreik. In Rom und der Provinz Latium dauerte der Streik den ganzen Tag über an. Seit Jahren stehen die italienischen Werktätigen in einem erbitterten Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung. Mit dem Generalstreik erreichten diese Kämpfe einen neuen Höhepunkt.

Etwa 1,5 Millionen Arbeiter streikten im vergangenen Jahr. Diese Kämpfe wuchsen in den ersten Monaten des neuen Jahres noch an: am 15.1. wurde in der Provinz Kalabrien ein mehrstündiger Generalstreik ausgerufen. Am gleichen Tag streikten die Kollegen in Roveggio. Am 17.1. legten 25.000 Arbeiter der Gummiwerke die Arbeit nieder, 3.000 Pirelliarbeiter demonstrierten in Milano, am gleichen Tag kam es zu Demonstrationen der Fiat-Arbeiter in Turin und Porto Marghera. Ende Januar demonstrierten in Rom 30.000 Studenten gegen Faschismus und Imperialismus. Einen faschistischen Bombenanschlag auf Revolutionäre in Turin Anfang Februar beantworteten 10.000 Menschen mit einer Protestdemnostration. Am 20.2. streikten etwa 1 Million Arbeiter in Rom und Umgebung mehrere Stunden lang. Seit Monaten kommt es in den italienischen Gefängnissen zu blutigen Häftlingsrevolten.

Diese Kämpfe sind die Antwort der italienischen Werktätigen auf Inflation, Teuerung, Arbeitslosigkeit und verschärfte politische Unterdrückung. Im vergangenen Jahr stiegen die Lebenshaltungskosten um 12,3%, die Preise für Grundnahrungsmittel haben sich teilweise sogar fast verdoppelt. Hunderttausende sind ohne Arbeit und Brot, Millionen Arbeiter waren schon in den 60-iger Jahren gezwungen, das Land zu verlassen, um in Deutschland oder Amerika Arbeit zu suchen. Die Lebensbedingungen des italienischen Volkes sind katastrophal. Die Choleraepedemie im vergangenen Herbst zeigte das ganze Ausmaß von Umweltverschmutzung, Trinkwasserverseuchung, die unzulängliche medizinische Versorgung der Werktätigen. Die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten ist besonders hoch. Von August bis Okbober 1973 mußten allein 300 Arbeiter der Montedison-Ölchemiebetriebe in Porto Marghera mit Gasvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden!

Zugleich zeigen diese wachsenden Kämpfe den tiefen Haß der italienischen Arbeiter und Bauern auf den bürgerlichen Staat. In kaum einem anderen europäischen Staat treten die Verfaultheit und Korruption des Staatsapparats so deutiich zutage. Mehrere Bestechungs- und Abhörskandale wurden im vergangenen Jahr aufgedeckt. Erst vor wenigen Wochen flog eine neue Schmiergeldaffaire auf: Erdölmonopole hatten Parlamentarier und Regierungsbeamte bestochen, gemeinsam mit ihnen die Benzinknappheit manipuliert und Riesenprofite eingesteckt. Ganz offen arbeitet der Staatsapparat mit faschistischen Banden zusammen. Die modernen Revisionisten der 'K'PI, der Verräterpartei Togliattis, spielen dabei eine besonders schmutzige Rolle: Sie gebärden sich als "Hüter der Demokratie" im Parlament, wiegeln die Streikkämpfe des Volkes ab und helfen mit, die Fäulnis des bürgerlichen Staates zu vertuschen. Gleichzeitig schieben sie die Schmiergelder der Konzerne in die Taschen, nicht anders als alle übrigen bürgerlichen Parteien. Ein Bürgermeister der 'K'PI, der sich als "Residenz" ein altes feudales Schloß oder eine vornehme Villa besorgt – das ist in Italien keine Seltenheit!

Dieser revisionistischen Verräterbande hat die PCd'I/ML, unsere marxistisch-leninistische Bruderpartei in Italien, einen unversöhnlichen Kampf angesagt. Auf der Grundlage dieses Kampfes gegen den modernen Revisionismus wächst ihr Einfluß in den Kämpfen der Massen.



Aus aller Welt

ISLAND: In einem fünftägigen Generalstreik kämpften die Arbeiter und Angestellten Islands um 26% Lohnerhöhung.

FRANKREICH: Am 23. 2. kam es während einer antiimperialistischen Demonstration Pariser Studenten zu blutigen Straßenschlachten mit der Polizei. Mehrere Menschen wurden verletzt.

IRLAND: Ivor Bell, ein Führer der IRA, der jahrelang im Untergrund gelebt hatte, wurde am 25. 2. von der Polizei verhaftet. Dieser Anschlag der britischen Imperialisten wird den Kampf des irischen Volkes noch mehr anfeuern!

INDIEN: Der Bürgerkrieg in Indien dehnt sich weiter aus. In der letzten Woche kam es vor allem im Staat Gujarat erneut zu schweren Kämpfen, bei denen die Polizei mindestens 9 Menschen erschossen hat. Beim Begräbnis eines kleinen Jungen, den Soldaten erschlagen hatten, griff die empörte Menge am 27. 2. erneut die Polizei und das Militär an. Bei den Kämpfen wurden 3 Menschen erschossen und 8 weitere verletzt.

JAPAN: 15.000 Arbeiter, öffentliche Angestellte und Lehrer demonstrierten Mitte Februar in Tokio gegen die Preissteigerungen und um höhere Löhne.

AMERIKA: Eine Niederlage haben die US-Imperialisten bei der Konferenz lateinamerikanischer Staaten erlitten. Das Geschwätz von "gemeinsamer Energie- und Sicherheitspolitik", von US-Außenminister Kissinger, hinter dem sich die imperialistische Großmachtpolitik der US-Imperialisten in Lateinamerika versteckt, wurde im Schlußkommunique von allen beteiligten Staaten einstimmig zurückgewiesen und stattdessen das Recht auf Selbstbestimmung der Staaten Lateinamerikas betont.

Demonstration in Dortmund:

Hände weg von der CISNU

Etwa 1 500 Menschen folgten am 2. März dem Aufruf der Conföderation Iranischer Studenten – National-Union (CISNU) zu einer Demonstration in Dortmund gegen die Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem Schah-Faschismus, gegen die Verbotsandrohungen gegen CISNU. Die KPD/ML, die ROTE GARDE und der KSB/ML beteiligten sich ebenfalls an dieser Demonstration. Zahlreiche revolutionäre und fortschrittliche Organisationen unterstützten den Kampf der CISNU.

Acht Freiheitskämpfer wurden in den letzten Wochen im Iran hingerichtet, die Vollstreckung von fünf weiteren Todesurteilen gilt es zu verhindern. Aber nicht nur im Iran sind die fortschrittlichen Menschen und Revolutionäre einer verschärften politischen Verfolgung ausgesetzt. Der Schah läßt sich seine Rolle als Wachhund der Supermächte am arabischen Golf teuer bezahlen, auch von den westdeutschen Imperialisten. Für das Milliardengeschäft, das sie sich vom persischen Edröl und Erdgas versprechen, sind sie bereit, dem Schah-Faschisten Waffen zu liefern und fortschrittliche Perser in der DBR zu verfolgen. Der CISNU vor allem ist es zu danken, daß die Verbrechen des Schah-Regimes in der DBR breit bekannt wurden, daß das deutsche Volk die Leiden und Kämpfe der iranischen Völker kennt und einen tiefen Haß gegen die Mörder und Verbrecher in Teheran empfindet. Ganz offen hat der Schah deshalb das Verbot der CISNU gefordert, ganz offen wird das auch Ministerpräsident Howeida tun, der am 6. März nach Bonn kommt. Die westdeutschen Imperialisten und ihr Staatsapparat sind gern bereit, Seiner Majestät zu willfahren: Verbotsandrohungen gegenüber CISNU, Ausweisungsdrohungen gegen vier ihrer Mitglieder, das Verbot von drei Demonstrationen der CISNU in den letzten Monaten, Einreiseverbot für mehrere Delegierte des Weltkonrgesses dieser Organisation in Frankfurt, Überfälle des SAVAK auf CISNU-Mitglieder, die von der deutschen Polizei stillschweigend gebilligt und unterstützt werden, verschärfte Überwachung iranischer Studenten – alle Angelegenheiten, die Perser betreffen, entscheiden nicht die örtlichen Ausländerbehörden, sondern das Bundesinnenministerium.

Gegen diese politische Unterdrückung hat sich eine breite Kampffront zusammengeschlossen. Die Demonstration in Dortmund beweist, daß es möglich ist, im Kampf gegen dieses drohende Verbot Siege zu erringen: Zum erstenmal seit einem halben Jahr wagte die Bourgeoisie nicht, eine Demonstration der CISNU zu verbieten. Dei Sympathie der Bevölkerung in der Dortmunder Fußgängerzone war so groß, daß Greiftrupps der Politischen Polizei nicht einmal wagten, Maltrupps der Partei zu überfallen: der gesamte Demonstrationsweg wurde mit revolutionären Parolen beschrieben, viele ROTE MORGEN verkauft. Auf der Schlußkundgebung entlarvte der Sprecher der CISNU noch einmal die konterrevolutionäre Zusammenarbeit zwischen dem Schah-Regime und den westdeutschen Imperialisten. Viele Organisationen versicherten der CISNU in Solidaritätsadressen ihre volle Unterstützung im Kampf gegen das drohende Verbot.

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

WER MAO ZITIERT, BELEIDIGT DIE DBR

Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, hat zum drittenmal eine Anzeige erhalten wegen "böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland" (§ 90a). Weil der ROTE MORGEN Mao Tsetung zitierte, soll Genosse Gernot vor Gericht gestellt und zu einer Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Im ROTEN MORGEN 36/73 hieß es in einer Korrespondenz der Opel-Betriebszelle zum Streik bei Opel/Bochum: "Vor den Toren strichen teilweise Zivile herum, die Polizei war alarmiert, über der Fabrik kreiste ein Hubschrauber. "Das sind Terrormaßnahmen und Nazimethoden", sagten viele, "Das ist ein Zuchthaus", "Polizeistaat".

Diese Worte, gesprochen von Opel-Arbeitern, die in ihrem Streik erfahren haben, wem der bürgerliche Staat dient, sollen "Verächtlichmachung der Bundesrepublik" sein? Glaubt die Klassenjustiz im Ernst, sie könnte durch solche Anklagen die Arbeiterklasse davon abhalten, zu erkennen, daß der Staatsapparat ihre Kämpfe mit Gewalt unterdrückt? "Zuchthaus und Polizeistaat" das werden nach dieser Anzeige noch viel mehr Menschen sagen.

Aber es kommt noch besser! Nicht allein, weil Sätze von Opel-Arbeitern im ROTEN MORGEN zitiert wurden, soll Genosse Gernot Schubert vor Gericht! Er hat noch Schlimmeres verbrochen. Er hat gewagt, Worte von Mao Tsetung und anderen Klassikern des Marxismus-Leninismus abzudrucken!

"Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen!" heißt es in der gleichen Nummer auf Seite 4 und 5; eindeutig ein Zitat, mit dem Lenin und Maotsetung die Entwicklung der Klassenkämpfe analysierten. Auch das ist "böswillige Verächtlichmachung der DBR", ist "Aufruf zu strafbaren Handlungen".
Die grundlegende Tatsache des Klassenkampfes, daß im Kampf um die Macht im Staat letztendlich die Gewehre entscheiden werden, ist verboten. Verboten von der Bourgeoisie, die sich einzig und allein durch ihre reaktionäre bewaffnete Macht erhalten kann, die heute schon Bundeswehr- und Grenzschutzsoldaten auf das Zusammenschießen von Arbeiteraufständen drillt.

Fortschrittliche und revolutionäre Bücher zu verbrennen, das war eine der ersten Schandtaten der Hitlerfaschisten in Deutschland 1933. In jedem offenen faschistischen Regime sind die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus verboten — in Spanien, Griechenland, der Türkei. Aber machen wir uns nichts vor: Auch in der "freiheitlich-demokratischen" Bundesrepublik Deutschland ist der Marxismus-Leninismus verboten — durch die Staatsschutzgesetze und das KPD-Verbot. Es ist nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit, wann die Bourgeoisie ihre fertigen Gesetze hervorzieht und anwendet. Die Anzeige gegen Genossen Gernot Schubert, weil er ein Zitat von Mao Tsetung veröffentlichte, beweist, daß sie bereit ist, mit diesen Gesetzen zuzuschlagen, daß der Klassenfeind durch die wachsenden Klassenkämpfe in der DBR, durch die immer engere Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Kommunistischer Partei so in die Enge getrieben ist, daß er nur mit einem faschistischen, offenen Verbot des Marxismus-Leninismus, der Werke der Klassiker reagieren kann.

Aber diese Angriffe haben die Arbeiterbewegung und ihre Kommunistische Partei niemals niedergerungen! Je härter die Bourgeosie zuschlägt, desto konsequenter wird die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei kämpfen gegen politische Unterdrückung, für den Sozialismus.
HÄNDE WEG VON GERNOT SCHUBERT!
WEG MIT DEM KPD-VERBOT!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

Neue Angriffe der GRF auf die PCE/ML und die FRAP

Einen Tag, nachdem die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft in Stuttgart eine Solidaritätsveranstaltung gegen das Todesurteil der faschistischen Franco-Henker gegen den Revolutionär Salvador Puig durchgeführt hatte, trafen sich in Stuttgart die GRF (Gruppe Rote Fahne Dortmund) und die MCE (Movimiento Comunista de Espana), um erneut ihre Spaltertätigkeit zu dokumentieren.

Nachdem sie sich kurz gegen das Todesurteil gegen S. Puig äußerten, lamentierten sie wie üblich über die angeblichen Erfolge ihrer Wühl- und Spaltertätigkeit. Nicht anders als die GRF-Führer in Westdeutschland versuchten auch die MCE-Leute zu argumentieren, daß nach der revisionistischen Entartung der PCE in Spanien "viele revolutionäre Organisationen entstanden" seien, wobei sie, die MCE-Leute, die führende Kraft seien.

Als Genossen der Roten Garde in Stuttgart daraufhin hervorhoben, daß die einzig führende Kraft in Spanien die PCE/ML, die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten ist, daß die Volksfront FRAP unter der Führung der PCE/ML an der Spitze des Kampfes gegen den Francofaschismus steht, antworteten die GRF- und MCE-Führer mit Geschimpfe. Die GRF warf unseren Genossen vor, daß die KPD/ML den Kampf des spanischen Volkes nicht unterstütze und sektiererisch sei, da sie eine Aktionseinheit mit der MCE in Stuttgart abgelehnt hätte.

Die Genossen der Roten Garde wiesen dies entschieden zurück: Unsere Partei, die KPD/ML, unterstützt sehr wohl den Kampf des spanischen Volkes gegen den Francofaschismus. So hat die Veranstaltung der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft am Tag zuvor mit Unterstützung der KPD/ML stattgefunden.

Richtig aber ist, daß wir nicht mit Spaltern des spanischen Volkes, mit der MCE zusammenarbeiten, die es wagt, die besten Kräfte des spanischen Volkes, die in der PCE/ML und der FRAP den Kampf führen, als Feinde des spanischen Volkes zu bezeichnen. Unsere Parte wird diesen Kräfte, die in die Reihen des Kampfes gegen den Francofaschismus Zwietracht und Zersplitterung hineintragen wollen, gewiß nicht unterstützen. Darin unterscheidet sich die KPD/ML grundlegend von der GRF, die in Westdeutschland dieselbe Spaltertätigkeit durchführt. Unsere Partei unterstützt das spanische Volk in seinem Kampf gegen den Francofaschismus und wird es auch künftig unterstützen — auch und gerade gegen die Spaltertätigkeit der MCE-Leute und GRF-Führer.

2. Prozeßtag im Oßwald/Schulte-Prozeß

Von Anfang an hatte die Bourgeoisie versucht, diesen Prozeß klammheimlich über die Bühne zu ziehen. Keine Zeile erschien in der Presse und wenn, wie nach dem zweiten Prozeßtag, doch über ihn berichtet wurde, dann ohne die Namen der Angeklagten zu nennen, ohne zu sagen, worum es in diesem Prozeß geht. Das zeigt, wie sehr die Bourgeoisie die Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus für die Massen fürchtet. Ohne Zweifel wäre es der Bourgeoisie lieber, sie könnte diesen Prozeß mit Schlagzeilen in der Presse begleiten, die dem "Volkszorn" über den Marxismus-Leninismus und die KPD/ML Ausdruck geben. Aber darauf kann sie eben nicht hoffen. Bei all ihren Angriffen auf die Kommunisten und auch andere Revolutionäre hat sich der Zorn des Volkes gegen den Terror von Justiz und Polizei gerichtet und nicht gegen die Kommunisten. Das zeigt sich bei jeder verbotenen Demonstration. Das zeigt sich daran, daß obwohl die Bourgeoisie Genossen Sascha jetzt als "flüchtigen Verbrecher" sucht, hunderte für seine Einbürgerung ihre Unterschriften geben.

Bei diesem Prozeß hat die Bourgeoisie noch mehr Angst vor dem Urteil der fortschrittlichen Arbeiter. Denn die KPD/ML und die Angeklagten haben vor dem Prozeß unzweifelhaft klargestellt und das auch am ersten Prozeßtag bewiesen, daß sie diesen Prozeß nutzen werden, um vor aller Welt klarzustellen, daß die KPD/ML die einzig legitime Nachfolgerin der revolutionären KPD Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist. Genau das aber sollen die Arbeiter nicht hören. Sie sollen den immer lauter werdenden Stimmen in Presse, Rundfunk und Fernsehen glauben, daß die D'K'P die Partei der Arbeiterklasse ist, daß ihr Weg der Reform und der Klassenversöhnung der richtige Weg zur Befreiung der Arbeiter ist.

Haftbefehl gegen Genossen Osswald

Nicht umsonst redete darum der Richter am ersten Prozeßtag als erstes über die Demonstration in Bochum, die "Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda", "Hände weg von der KPD/ML" forderte, nicht umsonst störten ihn am meisten die 120 Zuschauer im Gerichtssaal. Mit Zuckerbrot und Peitsche, mit dauernden Vertagungen des Prozesses soll diese Solidarität zermürbt werden. Isoliert von der Partei, von den Massen sollen die Angeklagten in die Knie gezwungen werden.

Dieser Plan ist gescheitert. Auch zum zweiten Prozeßtermin kamen an die 70 Menschen, die im und später vor dem Gericht den



Kampf gegen diesen Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML führten. Und vor allem, die Angeklagten blieben wachsam. Sie spekulierten nicht auf ein "gerechtes Urteil". Als die Zuschauer vertrieben wurden, ging auch Genosse Oßwald. Genosse Schulte **wurde von den Justizbütteln daran gehindert. Wenn die Klassenjustiz jetzt Haftbefehl gegen Genossen Oßwald ausgestellt hat mit der Begründung, er wolle sich dem Verfahren entziehen, so ist das angesichts des bisherigen Auftretens der Angeklagten und der Aufkälrungs- und Mobilisierungsarbeit der KPD/ML für diesen Prozeß ein glatter Hohn. Die Angeklagten fürchten den Prozeß nicht. Aber sie haben sich nicht vor dem bürgerlichen Klassengericht zu verantworten, sondern vor dem Volk. Solange das Volk von diesem Prozeß ausgeschlossen ist, ist es völlig berechtigt, wenn auch die angeklagten Genossen nicht vor Gericht erscheinen.**

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Genossen Oßwald!
Freiheit für die Genossen Oßwald und Schulte!
Sofortige unbeschränkte Zulassung der Öffentlichkeit zum Prozeß!
Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!
Hände weg von der KPD/ML!



Rache für Salvador Puig Antich

Die weltweite Solidarität, die Empörung über das Todesurteil gegen Genossen Salvador Puig Antich, konnten sein Leben nicht retten. Am 2.März haben die Franko-Faschisten Genossen Salvador ermordet. Unbändiger Haß erfüllt jeden Antifaschisten, der diese Nachricht gehört hat — Haß gegen das verbrecherische Regime in Spanien, Haß gegen Faschismus und Imperialismus.
Diesen Haß empfindet auch unser spanisches Brudervolk. Haß, der heute schon auflodert zu einer hellen Flamme des Kampfes, die Franko und seine ganze Mörderbande verschlingen wird. Die Botschaft vom Tod des Genossen Salvador wird Hunderte neuer Kämpfer aufstehen lassen, die das Feuer der Revolution weitertragen!
Zusammengeschlossen in der FRAP, unter Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML), der Vorhutpartei der Arbeiterklasse, wird das Volk Spaniens über Faschismus und Imperialismus siegen.

"Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. Der altchinesische Schriftsteller Sima Tjiän sagte einmal: "Es stirbt ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum." Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum." — Mao Tsetung.

Am 11. Februar 1974 verstarb im Alter von 19 Jahren Genosse Andreas Ostmann. Obwohl er schon seit zwei Jahren schwer krank war, nahm er vom Krankenbett aus lebhaft an den Klassenkämpfen teil und ist immer dem Kampf der Arbeiterjugend für den Kommunismus treu geblieben. Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer.

KPD/ML — Ortsgruppe Bielefeld.
Rote Garde Bielefeld.

Terrorurteil gegen Rolf Pohle

Zu 6 Jahren und 5 Monaten Gefängnis verurteilte die 5. Große Strafkammer in München den Revolutionär Rolf Pohle. 5 Monate hatte der Prozeß gedauert – in seinem Verlauf ist trotz hundert Zeugen, die der Staatsanwalt bemüht hat, nur ein Punkt der Anklage aufrechterhalten geblieben: daß Genosse Pohle für den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems gekämpft hat und weiter kämpfen wird.

Unverfroren behauptet das Gericht jedoch in seiner Urteilsbegründung, der Angeklagte sei nicht wegen seiner politischen Gesinnung verurteilt worden, sondern weil er ein Bandit sei. – Und widerspricht sich gleich selbst, indem es betont, "zwischen Banditentum einerseits und Rebellentum, beziehungsweise revolutionärem Tun andererseits" gäbe es keinen Unterschied.

Besonders getroffen hat das Gericht, daß Rolf Pohle auch während des ganzen Prozesses als Revolutionär gekämpft und keine Minute auf ein "gerechtes Urteil" gehofft hat. Der Richter: In seinem Sinn "ist der Polizeibeamte ein Bulle, der Staatsanwalt ein Lügner und Manipulator, sind die Schöffen Zierfische und die Berufsrichter Mördergehilfen und Mitglieder einer kriminellen Vereinigung".

Wenn der Richter in seiner Urteilsbegründung feststellen muß, daß Genosse Pohle nach 25-monatiger Untersuchungshaft mit vollständiger Isolation mit höchstens einem Hofgang in zwei bis drei Tagen, nach einem Prozeß, in dem es Ordnungsstrafen für den Angeklagten und die Zuschauer nur so hagelte, Revolutionär geblieben ist – dann ist das ein klarer Beweis für die Niederlage der Bourgeoisie in diesem Prozeß wie in den anderen RAF-Prozessen auch.

Unmißverständlich hatte die Bourgeoisie ihr Ziel bei der Verfolgung der RAF-Genossen bekanntgegeben: die Revolutionäre sozusagen auszurotten, sie persönlich fertigzumachen und das Volk gegen sie aufzuhetzen.
Mit hunderten von Polizisten, mit Isolationsfolter und einer wahren Hetzflut in der Presse hat sie bisher nur eines erreicht: daß immer mehr Menschen den Haß der RAF-Genossen auf dieses kapitliastische System verstehen, daß sie darüberhinaus sehen, daß die Bourgeoisie mit ihrem Terrorapparat nicht allmächtig ist. Gleichzeitig zeigt die wachsende Solidaritätsbewegung mit den RAF-Genossen aber auch, worin die wirkliche Stärke der Unterdrückten liegt. Nicht im isolierten Einzelkampf, sondern im Kampf der Massen, geführt von einer revolutionären Partei, die den Kampf planmäßig und bewußt auf den revolutionären Sturz des imperialistischen Staates lenkt.
Freiheit für Rolf Pohle!
Vorwärts mit der KPD/ML!

Frauenhaftanstalt
Kampf gegen Knastterror

Anfang Februar wurde den Genossinnen der RAF, die in der Frauenhaftanstalt Westberlin Lehrter Straße eingesperrt sind, die Teilnahme an sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen gesperrt. Am nächsten Tag gingen drei von ihnen zur Gefängniszentrale, um zu erfahren, warum. Sie wurden von einem Moabiter Einsatzkommando überfallen und in ihre Zellen gezerrt.

Die anderen Genossinnen protestierten sofort in ihren Zellen. Zwei von ihnen wurden herausgegriffen und in den Bunker geschleppt. Die anderen führten den Kampf weiter. Eine dieser Genossinnen schreibt darüber in einem Brief an eine Bekannte:

"Nachher hatte ich Freistunde. Da verlangten wir, daß die beiden sofort rausgelassen werden sollten. Solange wollten wir untenbleiben. Natürlich auch Bullen, Handschellen, an denen sie mich über 9 Treppen durch das ganze Haus in den Bunker geschleift haben. Konnte tagelang nicht sitzen und liegen. Am nächsten Tag (wir kamen noch am selben Tag wieder raus) verlangten die Leute in drei Freistunden: Weg mit den Bullen! (die waren überall mit dabei, beim Fraßverteilen, Freistunde usw.) Wieder hochgezerrt vom Hof, daraufhin Freistundensperre. Wir machten einen Hungerstreik. 8 Tage lang. Dann ließen sie uns wieder auf den allgemeinen Hof und die Bullen verschwanden.

Jetzt haben wir wegen "Beteiligung an einem meutereiähnlichen Zustand" und wegen "extrem sozialschädlichen Verhaltens" natürlich erst recht Sperre."
Die erste Sperre, gegen die die Genossinnen den Kampf organisiert hatten, wurde inzwischen nach einer Beschwerde des Anwalts als "Irrtum der Anstaltsleitung" bezeichnet. – Auch eine Art, die eigene Niederlage zu vertuschen.

Demonstration gegen Folter in Bruchsal

Am 22.2.74 organisierte das Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der Bundesrepublik in Bruchsal eine Demonstration, an der ca. 150 Menschen teilnahmen.

Wolfgang Huber, Patient im Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg wird nach bereits 2 1/2 Jahren Untersuchungshaft in Isolation jetzt in Bruchsal noch härteren Maßnahmen unterworfen:

- 23 1/2 Stunden am Tag wird er alleine in einer 6 qm großen Zelle eingeschlossen. Die verbleibende halbe Stunde verbringt er im Zuchthausgraben, getrennt von den anderen Gefangenen als Hofgang, von bewaffneten Posten bewacht.

- Seine persönlichen Sachen wurden ihm abgenommen, darunter seine Schere, mit der er sich die Nägel, und die Haare schneidet, die Schreibmaschine, das Radio, sämtliche Bücher, sein Schreibmaterial bis auf einen geringen Rest, alle Briefe, auch die Verteidigerpost und seine persönlichen Aufzeichnungen.

- Weil ihm auch seine Kleidung weggenommen wurde, und die Anstaltsschuhe zu klein sind, was zu starken Schmerzen führt und zu einer Verkrüppelung der Füße führen kann.

– Bezahlte Zeitungen werden zurückgehalten, die Anstaltsbibliothek darf er nicht benutzen.

- Um die Isolation nach außen weiter zu perfektionieren, wird der Kontakt zu den Anwälten faktisch verhindert. Telephongespräche werden verweigert und lang schriftliche Begründungen gefordert. Die Gespräche werden überwacht.

Mit Unterstützung der Anstaltsärzte versucht die bürgerliche Klassenjustiz, diese Folter mit der Lüge zu "rechtfertigen", W. Huber müsse in Quarantäne, um "eventuelle Ansteckungsgefahr zu vermeiden".

Die Polizei versuchte, die Demonstrationsroute nach ihrem Willen zu bestimmen. Der Demonstrationszug verließ jedoch die von der Polizei vorgeschriebene Route. Auf einer Kundgebung verlas eine Genossin der Partei eine Solidaritätserklärung mit W. Huber und allen politischen Gefangenen. In ihr heißt es unter anderem:

"Die KPD/ML spricht allen Revolutionären, die von dem bürgerlichen Staatsapparat verfolgt werden oder hinter Kerkermauern mißhandelt werden, ihre kämpferische, revolutionäre Solidarität aus. Und wir rufen allen Genossen zu: Trotz Terror und Verfolgung, trotz Folter und Isolierhaft und dem Versuch, euch zu morden, haltet euch immer das große Ziel vor Augen: den gewaltsamen Sturz der Ausbeuterklasse durch die proletarische Revolution unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML."

"Was uns nicht umbringt, macht uns hart"

Unter diesem Titel begeisterte sich die Bundeswehrzeitung "Heer" in ihrer jüngsten Ausgabe an dem Bundeswehrmanöver "Bellende Meute", das von November bis Dezember in Niedersachsen stattfand.

Die Zeitung prahlt damit, daß die Soldaten bei 15^{o} minus in den Schützenlöchern hocken mußten, daß nachts in Kühlcontainern geschlafen wurde, daß die Verpflegung lediglich aus einigen Keksen pro Tag und etwas lauem Kaffee bestand. Nur selten gab es eine warme Mahlzeit. Was die Zeitung aber verschweigt, ist, daß mehreren Soldaten bei dieser Übung Zehen amputiert werden mußten, weil sie erfroren waren.

"Heer" beklagt nicht etwa, daß es – so ein Brigadestabsarzt – mindestens 14 Todesopfer bei dieser Kriegsübung gab, sondern einzig, daß es Ausfälle gab "bei den Lastwagen und Personenwagen, die teilweise über Nacht ihren Geist aufgaben."

Der Geist, der aus den Zeilen in "Heer" spricht, ist kein anderer als der des deutschen Militarismus, der Geist der Herren Generäle, die kaum abwarten können, für den Imperialismus in den Krieg zu ziehen. Ihnen ist das Leben der Werktätigen, die sie in die Reihen der Bundeswehr zwingen, niemals wichtiger gewesen, als das "Leben" einiger Last- und Personenwagen.

Jawohl, was uns nicht umbringt, macht uns härter – gegen die Feinde des Volkes, die westdeutschen Imperialisten und ihre Herren Generäle in der volksfeindlichen Bundeswehr.

Dortmund

Im Anschluß an den zweiten Verhandlungstag im Oßwald/Schulte-Prozeß versammelten sich Freunde und Genossen in einer Kneipe in Dortmund. Im selben Moment, als Genosse K. heraustrat, fuhr ein Streifenwagen vor, Polizisten sprangen heraus und behaupteten, K. habe vor einer halben Stunde zusammen mit jemand anderem ein vor der Kneipe stehendes Auto gestohlen. Sie interessierte weder, daß K. seit zwei Stunden in der Kneipe war, noch das der angebliche "Komplize", der bereits im Streifenwagen saß, K. gar nicht kannte. Genosse K. wurde sofort auf die Wache gebracht. Zeuge für diesen "Diebstahl": ein ziviler Polizist, der K. angeblich beim Diebstahl beobachtet und ihn bis in die Kneipe verfolgt haben will.



Kampf der Klassenjustiz

MÜNCHEN

Am 14.3.74 wird der Berufungsprozeß um die Verurteilung des Genossen Horst Bayer wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag beginnen. Genosse Horst war im ersten Prozeß zu einem Jahr Gefängnis ohne "Bewährung" verurteilt worden. Als Rechtsanwalt des Genossen wurde Rechtsanwalt Becker bestellt. Genosse Becker sitzt allerdings seit dem 4. 2. in Haft, weil die Bourgeoisie ihm vorwirft, er gehöre zur RAF. Die Klassenjustiz kann sicher sein, daß Genosse Bayer darauf bestehen wird, tatsächlich von seinem Rechtsanwalt verteidigt zu werden !Auf jeden Fall werden wir diesen Prozeß ausnutzen, um den Kampf gegen Isolationsfolter zu führen, der politische Gefangene - wie die Genossen der RAF und des SPK-Heidelberg u.s.w. - teilweise schon jahrelang unterworfen sind. Freispruch für Genossen Bayer! Freiheit für Rechtsanwalt Becker! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

HANNOVER

Am 19.2.73 rammte Amtsgerichtsvizepräsident Kayser aus Hannover ein Verkehrsschild und fuhr - nach Zeugenaussagen - mit erhöhter Geschwindigkeit weiter. Als die Polizei bei ihm zu Hause eintraf, öffnete Kayser nicht. Feuerwehrleute mußten die Tür aufbrechen. Ein sofortiger Alkoholtest ergab 1,53 Promille. Im Oktober 73 wurde Anklage erhoben wegen Trunkenheit am Steuer und Fahrerflucht. Zum Prozeß ist es bisher allerdings nicht gekommen. Von 60 Richtern am Amtsgericht Hannover haben sich 55 für "befangen" erklärt. Grund: Kayser ist Sachbearbeiter in ihren Personalangelegenheiten.

FRANKFURT

Nach den Demonstrationen gegen Mietwucher und politische Unterdrückung in Frankfurt sind an die 200 Personen festgenommen worden. Einer von ihnen, türkisches Asta-Mitglied, ist immer noch in Haft. Der Asta soll bis auf weiteres keine Demonstrationen mehr anmelden dürfen. Die Konten des Asta wurden bis auf weiteres gesperrt. Offenbar geschieht dies auch in der Absicht, zu verhindern, daß bei der Demonstration festgenommene Genossen Unterstützung aus dem Rechtshilfefonds erhalten. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat angekündigt, daß gegen 20 bis 30 Demonstranten Verfahren wegen Landfriedensbruch u.ä. angestrengt werden. Um diese Anklagen möglichst schnell zusammenzimmern zu können, werden extra Staatsanwälte und Justizangestellte zur Verstärkung nach Frankfurt geholt.

Solidarität mit politisch Verfolgten

Seit der letzten Veröffentlichung der Spendenliste wurden auf das Konto Karin Sandmann, Dresdner Bank, Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Konto Nr. 81 355 107, folgende Spenden für politisch Verfolgte eingezahlt:

18.1.74 Tombola bei einer Parteifeier in Reutlingen: DM 361,34; 21.1.74 Silvesterveranstaltung in Gelsenkirchen: DM 76,–; 22.1.74 S.R. Essen: DM 120,–; 22.1.74 G.L. Bremen: DM 80,–; 28.1.74 B.M.: DM 20,–;: 29.1. S.A. Würzburg: DM 6,20; 29.1. P.E. Heide: DM 50,–; 31.1. W.K. Essen: DM 10,–; 31.1. Zelle AEG Westberlin: DM 97,–; 31.1. S. Münster: DM 10,–; 6.2. K., Kiel: DM 46,55; 4.2. ROTER-MORGEN-Leserkreis Kiel-Gaarden: DM 55,–; 6.2. J.L. Horn: DM 50,–; 8.2. H.L. ,Greding: DM 120,–; 8.2. Buchladen ROTER MORGEN: DM 129,50; 14..2 Buchladen ROTER MORGEN München: DM 48,–; 14.2. Parteiveranstaltung in Mannheim: DM 202,51; 15.2. S.R., Essen: DM 170,–; 21.2. Parteiveranstaltung in Bochum: "Freiheit für Oßwald und Schulte": DM 415,–.
SUMME: DM 2.067,10

Damit gingen seit der Eröffnung des Kontos im Oktober 1973 insgesamt DM 8.140,26 Spendengelder ein. Dadurch konnten politisch verfolgten Menschen Zuschüsse für Prozeß- oder Verteidigungskosten gegeben werden: Im Haus-Voß-Prozeß in Dortmund DM 789,33; für den Schulte-Oßwald-Prozeß in Dortmund bisher 1.108,50; für RAKT-Prozesse bisher DM 2,500.

Verstärken wir unsere Anstrengungen, politisch Verfolgte finanziell zu unterstützen! Die Angriffe der Klassenjustiz, die Strafbefehllawine, sollen fortschrittliche Menschen und Kommunisten auch finanziell ruinieren. Allein für die Antikriegstagsprozesse, die bisher verhandelt wurden, fallen etwa 10.000 DM Verteidigungskosten an! Spendet auf das Konto:
KARIN SANDMANN
KONTO DRESDNER BANK, 46 DORTMUND,
ZWEIGSTELLE BORSIGPLATZ
KONTO NR. 81 355 107.

Geschwindigkeitsbegrenzung..

"Sicheres Tempo" - unsichere Strassen

"Wenn um es das menschliche Leben geht, dann müssen ökonomische und Gruppeninteressen zurücktreten" (Verkehrsminister Lauritzen vor dem Bundestag).

"Die Geschwindigkeitsbegrenzung hat unweigerlich einen technischen Rückschritt zur Folge. Irgendwann werden auch wir Autos haben mit schlechten Bremsen und katastrophaler Straßenlage wie in den USA" (Geschäftsführer von Porsche, Fuhrmann).

Daß es den Kapitalisten auf das Leben eines Arbeiters nicht ankommt, das wissen wir alle. Herr Fuhrmann braucht es nicht einmal so deutlich zu sagen. Tödliche Betriebsunfälle, verkrüppelte oder tote Kinder durch Medikamentenvergiftung, tausende Verkehrstote, Massenmorde an der Arbeiterklasse in imperialistischen Raubkriegen.

Und da will uns Verkehrsminister Lauritzen plötzlich weismachen, daß ihm Wohlergehen und Gesundheit des deutschen Volkes über alles gingen? Monatelang hat die Bundesregierung den Autofahrern Tempo 100 aufgezwungen – aus "Benzinknappheit". In Wirklichkeit waren die deutschen Benzinlager von Shell, Esso und den anderen Monopolen voll, wurde die "Benzinknappheit", kaum anders als in Italien, von den Erdölkonzernen manipuliert, die Milliarden an Extraprofiten einsteckten.

Jetzt müssen plötzlich die vielen Toten und Verwundeten auf den Strassen herhalten, um die weitere Geschwindigkeitsbegrenzung zu rechtfertigen. Bundeskanzler Brandt spielt sich auf über die "Raserei" in der DBR – gerade so, als seien die einzelnen Autofahrer zu dumm und verantwortungslos, als hätten sie Millionen Verkehrsopfer auf dem Gewissen.

Daß in den letzten Jahren Tausende Menschen auf der Straße gestorben sind, daß Millionen verletzt wurden – das war doch kein Ergebnis der unbegrenzten Geschwindigkeiten! Das war nichts anderes als Mord und Körperverletzung aus Profitgier!

Sichere, billige und bequeme Massenverkehrsmittel hätten die Unfallzahlen niedrig gehalten. Wurden sie gebaut? Nein! Stattdessen haben die Kapitalisten und ihr Staat den Individualverkehr aufgebläht, mit dem Ergebnis, daß die Städte zur Stoßverkehrszeit verstopft sind, daß man in der abgasverpesteten Luft kaum noch atmen kann.

Sichere, übersichtliche, gut ausgebaute Straßen für 16 Millionen Autos könnten Unfälle verhindern. Wurden sie gebaut? Nein! Gerade in Industriezentren wie etwa dem Ruhrgebiet ist das Verkehrsnetz völlig veraltet: Winklige Straßen, tausend Umleitungen, teilweise noch Kopfsteinpflaster, schlechte Ausschilderung, miserable Beleuchtung in der Nacht, jede Menge ungesicherter Bahnübergänge, wie in Essen-Altenessen, wo insgesamt jährlich hunderte sterben oder verletzt werden.

Verkehrssichere Autos – das wäre doch eigentlich das A und O im Kampf gegen den Unfalltod, nicht Geschwindigkeitsbegrenzungen oder -richtlinien. Werden sie gebaut? Nein! Verschleißproduktion, um höhere Profite zu sichern – so sieht die Planung der Autoindustrie aus. Der VW-Käfer, das angebliche "Volksauto", gehört zu den fahrunsichersten Autos überhaupt. In Amerika werden jährlich tausende von fabrikneuen Wagen eingezogen, weil sie mit ungenügenden Bremsen verkauft werden. Statt verkehrstüchtigerAutos werden große Schlitten mit viel Chrom gebaut – ein Drittel aller in Deutschland zugelassenen Wagen fährt 140 km/h und mehr.

Wenn es, dem kapitalistischen Staat ernst wäre mit der Sicherheit im Straßenverkehr, dann müßte er doch hier ansetzen. Das Gegenteil geschieht: Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln in vielen Städten wurden in den letzten Monaten durchgeführt oder werden geplant – gegen den Willen der Bevölkerung. Das Geld für den Ausbau des Straßennetzes hat die Bundesregierung im letzten Jahr drastisch zusammengestrichen. Und was die Kapitalisten vom Bau sicherer, aber teuerer Autos halten, das hat Porsche-Direktor Fuhrmann ja wohl deutlich genug gesagt: "Bei Tempo 129 braucht niemand mehr Gürtelreifen" etwa.

Von "Sorge um das menschliche Leben", wie Lauritzen behauptet, kann keine Rede sein. Solange der Kapitalismus besteht, wird im Verkehr weitergemordet werden, aus reiner Profitgier – mit unsicheren Autos auf unsicheren Straßen – mit oder ohne Geschwindigkeitsbegrenzung!



Grussadresse des Genossen Sascha an die Teilnehmer der CISNU-Demonstration in Dortmund am 2.3.74

Den Teilnehmern der Demonstration am 2. 3. 74 in Dortmund, vor allem den iranischen Genossen und Patrioten die wärmsten Kampfesgrüße!
Das revolutionäre deutsche Proletariat kämpft an der Seite des iranischen Volkes.

Nur mit blutigem Terror kann sich das faschistische Schahregime noch gegen das Volk behaupten. Das drohende Verbot der CISNU soll die guten Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zum Schahregime untermauern. Die Hauptursache der Verbotsdrohungen aber liegt in der sich zuspitzenden Krise des westdeutschen Imperialismus selbst. Immer offener und brutaler verfolgt der Bonner Gewaltstaat fortschrittliche ausländische und deutsche Organisationen, vor allem auch die Partei des westdeutschen Proletariats, die KPD/ML! So soll die Freundschaft der Völker mit dem deutschen Volk unterbunden, internationale Solidarität verhindert und der westdeutschen Arbeiterschaft die Spitze gebrochen werden. Das wird nicht gelingen. Diese Demonstration ist ein Beweis dafür.

Wie manche von euch wissen, betrifft mich die politische Verfolgung in der DBR auch persönlich, indem der Bonner Gewaltstaat versucht, mich als deutschen Kommunisten an das faschistische Schahregime auszuliefern!
Dabei kommt es der bürgerlichen Klassenjustiz nicht darauf an, daß meine Mutter Deutsche ist, daß ich in Deutschland geboren bin, hier lebe und arbeite, nein, ausschlaggebend für sie ist meine kommunistische Gesinnung! Freunde und Genossen! Ob Einzelne verfolgt werden oder Organisationen, Solidarität hilft uns siegen! Die iranischen und deutschen Blutsauger gehen ihrem Untergang entgegen, das iranische und das deutsche Proletariat werden ihr Schicksal besiegeln, denn die Haupttendenz in der Welt ist Revolution!

Iraner - Deutsche, Hand in Hand
Klassenkampf im eigenen Land!
Freiheit für alle politischen Gefangenen

Anmerkung: Leider war es nicht mehr möglich, diese Grußadresse den Teilnehmern der Demonstration vorzulesen, da sich ihre Übergabe in Dortmund durch ein Mißverständnis verzögerte. Wir werden sie jedoch nachträglich der CISNU übergeben.

350 demonstrieren für Saschas Einbürgerung

Am 28. 2. 74 ist die Aufenthaltsgenehmigung für Genossen Sascha Haschemi abgelaufen. Zweimal ist inzwischen die Polizei bei Sascha und Verwandten von ihm gewesen, um Sascha, gegen den Haftbefehl ausgestellt ist, mitzunehmen. Sascha, ein deutscher Kommunist, soll nach Persien abgeschoben werden. Das gaben Richter und Staatsanwalt offen zu, als sie Sascha vor zwei Wochen zu 2 Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilten.

Für die sofortige Einbürgerung des Rotgardisten Sascha demonstrierten am 28. 2. 74 in München rund 350 Menschen. Dem Aufruf der KPD/ML waren unter anderem die CISNU, die GRF und das Münchner Solidaritätskomitee gefolgt.

Gleich zu Beginn gab es eine Auseinandersetzung mit der Polizei. Genossen trugen eine Tafel: "Schah Bandit – geht über Leichen für Profit!" Diese Tafel sollte entfernt werden, weil sie angeblich ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt. Natürlich wurde nicht freiwillig darauf verzichtet, den Münchnern die Wahrheit über das Schah-Regime zu sagen. Das verbietet die Solidarität mit dem persischen Volk, das verbietet die Solidarität mit Genossen Sascha. Es kam zu einer Prügelei mit der Polizei Drei Genossen wurden festgenommen, die Tafel beschlagnahmt.

Dafür schallte die gleiche Parole jetzt laut aus dem Lautsprecherwagen. Die Polizei wollte natürlich auch das verhindern. Sie drohte, die Demonstration zu verbieten, traute sich aber dann nicht, diese Drohung in die Tat umzusetzen.

Nach einer kämpferischen Veranstaltung, zu der 250 Menschen gekommen waren, marschierten die Teilnehmer dann zum Polizeipräsidium, um die Freilassung auch des letzten festgenommenen Demonstranten zu fordern. Als der Genosse tatsächlich herauskommt, formieren sich Genossen und Freunde noch einmal zu einem kurzen Demonstrationszug. "Sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha!" "Vorwärts mit der KPD/ML!"



BESTELLSCHEIN

Bitte den Bestellschein in Blockbuchstaben ausfüllen

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER: O
ABONNEMENT
AB NUMMER:
Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Ein Jahresabonnement des ROTEN MORGEN kostet 25 DM

NAME, VORNAME..........
BERUF..........
POSTLEITZAHL, ORT..........
DATUM..........
UNTERSCHRIFT..........

Wendet Euch an die Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 11o
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitags:
16.00 bis 18.3o Uhr
Samstags: 9.30 bis 13.00 Uhr

BREMEN: Bremen-Walle,
Waller Heerstr. 70

KIEL: Reeperbahn 13
Telefon: 0431/ 74 762

MANNHEIM: Lortzingstr. 5
Öffnungszeiten:
Di 16.oo - 18.3o Uhr
Do 16.oo - 18.3o Uhr
Sa 9.oo - 13.oo Uhr

MÜNCHEN:
Thalkirchner Straße19
Telefon: o89/ 77 51 79
Öffnungszeiten:
Mi 17.oo - 19.oo Uhr
Sa 9.oo - bis 14.oo Uhr